

BNU-Brief

Nr. 2/1990

Mitteilungen des Bundes für Natur und Umwelt e.V.

Inhalt:

| | |
|---|----|
| Kopf in den Sand und rückwärts unter neue Dächer?..... | 1 |
| Die Basis arbeitet weiter..... | 2 |
| Mitgliederwerbung notwendig..... | 4 |
| BNU nun selbständig..... | 4 |
| Nächste Tagung des Koord. Rates..... | 4 |
| BNU Mitveranstalter von Tagung zum ökologischen Landbau..... | 5 |
| BUND-Aktionen..... | 5 |
| Naturschutzbund veranstaltete Treffen mit BNU-ZFA-Vorsitzenden..... | 5 |
| Treffen mit Vorstandsmitglied des NVN..... | 7 |
| Aus den ZFA, Fachgesellschaften, -verbänden und AK des BNU..... | 8 |
| DDR-Umweltministerium Übergang BNU und BUND!..... | 9 |
| Tagungsbericht AK arbeitsorientierte Regionalwissenschaft..... | 10 |
| Tagungs- und Ausstellungenkalender..... | 11 |
| Aufruf: "Rettet die BNU- (GNU-) Geschichte!....." | 12 |
| Verschiedenes..... | 13 |
| Wichtige Informationen aus der BNU-Geschäftsstelle..... | 15 |
| Impressum..... | 16 |

KOPF IN DEN SAND UND RÜCKWÄRTS UNTER NEUE DÄCHER?

(hb) BNU-Mitglieder und -Fachgesellschaften suchen nach wie vor nach einer verbandspolitischen Zukunft. Dabei zeigt sich, daß es keine klar zu bestimmende "Linie" gibt. Für jede(n) Einzelne(n) sind in jedem Bundesland im Osten der Bundesrepublik die Ausgangsbedingungen unterschiedlich. Wohl die wichtigste: Man muß erst einmal mit dem Hintern an die Wand kommen und mit seinem (ihrem) erlernten und/oder ausgeübten Beruf überleben oder neue suchen. Darüberhinaus: Die Spezialisierung und weitere Differenzierung der Interessen schreitet voran, die Zurückhaltung, sich unter den veränderten

Bedingungen praktisch neu zu organisieren, ist allgemein groß. Geld und Motivation sitzen gleichermaßen fest. Wenn überhaupt, so gründet sich zunächst Verein um Verein. Die Neigung, aus dem jeweiligen Spezialinteresse eine Institution zu machen, ist größer als die Neigung zu breitem umweltpolitischen Engagement. Die Abneigung gegen die Westimporte ist beträchtlich. Wat die Buur nicht kennt, dat frett hei nich! Und wat hei kennt, is dat meiste uk nich'.

Viele der bisherigen Mitglieder des BNU bzw. der früheren GNU scheinen sich erst einmal überhaupt nicht weiter organisieren zu wollen. Das mag zwei wesentliche Gründe haben. Der eine besteht in der Wandlung der materiellen Grundlage des BNU: Je besser die Mitglieder in den Landesverbänden und Fachgesellschaften das "Vakuum" in der ersten Hälfte dieses Jahres gefüllt haben und den Übergang von einem staatlich subventionierten Verband zu einem Mitglieder-Verband, der sich durch seine eigenen Mitgliedsbeiträge, durch Verkauf von Informationsmaterial und durch Spenden selbst trägt, bewerkstelligen, desto besser gelang oder gelingt auch die Konsolidierung.

Das Bett des Kulturbundes, des quasi staatlichen Alimenteurs, ist noch zu warm, und wenn nicht, dann scheinen andere attraktiver, statt ein eigenes (neu) zu beziehen.

Oft genug hören wir in der Geschäftsstelle (sinngemäß, in vielen Schattierungen): "Tja, wenn der Kulturbund uns (!?) nicht mehr finanzieren kann, dann bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als woanders hinzugehen..." Und dort? Müssen dort keine (höheren) Beiträge gezahlt werden? Könnten die nicht gleich dem (bekanntesten) BNU zufließen, zumal der nun eigenständig ("e.V.") ist, mit modernen Zielen und einer modernen Satzung? Offenbar ist die Meinung verbreitet, da sei schon irgendwo ein Dach, das für die Wohnungssuchenden die Räume bietet und die alten Tapeten dazu. Wie so oft weit gefehlt: Ob beim BNU, beim BUND, beim NSBD, wo auch immer: die Mitgliedsbeiträge werden bei etwa 50,- DM liegen, pro Jahr. Und ob das reicht, um die in der DDR gewachsenen, spezifischen Interessen

der Basisgruppen vor Ort zu befriedigen, das soll mal jemand garantieren. **DIE BASIS ARBEITET WEITER**

Der Koordinierende Rat des BNU e.V. empfahl auf seiner Sitzung am 30.8.1990 aufgrund inhaltlicher Kriterien (u.a. breite natur- und umweltpolitische Ausrichtung, Arbeit in fachspezifischen bzw. interessensspezifischen Arbeitskreisen und Fachgruppen oder -verbänden) ein Zugehen auf den BUND. Dies war zu dieser Zeit in einem Landesverband bereits weiter gediehen (Brandenburg, der den Status eines BUND-Landesverbandes beantragt hat), in Sachsen steht nun das Zusammengehen in Form eines "historischen Kompromisses" bevor, in Sachsen-Anhalt steht zur Zeit die Stabilisierung der BNU-Arbeit, u.a. durch die "e.V."-Gründung im Vordergrund, in Thüringen wird dies angestrebt, in Mecklenburg-Vorpommern steht eine "Dreiteilung" der (interessierten) Mitgliedschaft (BNU, BUND und Naturschutzbund) an, in Berlin wurden erste Schritte gegangen, um nach der überstürzten Auflösung des BNU-Bezirksvorstandes (ohne Rückhalt bei den Gruppen) im Frühjahr wieder ins Gespräch mit den (ehemaligen) Mitgliedern, die immer noch in BNU-Gruppen aktiv sind und mit anderen Organisationen bzw. örtlichen Initiativen zu kommen. Dies sind jedoch nur Merkmale oder Vorgänge auf der "strategischen" Ebene.

Eine andere, wichtigere ist die Basis des BNU. Die Basisgruppen arbeiten vielerorts weitgehend wie bisher weiter. Und es gibt auch noch etliche GNU-Gruppen (z.B. im Bezirk Suhl), die sich für die Erhaltung der Umwelt vor Ort einsetzen. Bei insgesamt widersprüchlichen Informationen scheint es ein schwieriges Unterfangen zu werden, auch angesichts der schwerwiegenden sozialen Umwälzungen, die Umweltschutzbewegung in den Bundesländern der BRD-Ost (wieder) zu starken Mitgliederverbänden zu vereinen, die dann gemeinsam ein gewichtiges Wortchen mitreden bei Planungen und Entscheidungen über die zukünftige Umweltsituation. Das bestätigen Erfahrungen aller Umwelt-

schutzverbände, denn BUND und Naturschutzbund (NSBD) können auch nicht gerade mit "Eintrittswellen" glänzen. Im Gegenteil.

Nun zu den Nachrichten aus den Ländern im einzelnen:

Magdeburg. Anfang September gründete sich in Magdeburg im Beisein des Präsidenten des BNU, Dr. Peter Hentschel (Halle), der BNU Sachsen-Anhalt e.V.. Er beantragte die Registrierung mit Sitz in Magdeburg. Als Vorsitzender wurde Prof. Dr. Giselher Schuschke (Magdeburg) gewählt, als Geschäftsführer Dr. Uwe Wegener (Halberstadt). Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Werner Wandelt (Quedlinburg) und Dieter Lautenschläger (Magdeburg). Dieser Vorstand versteht sich als Arbeitsvorstand, der ausdrücklich nur bis zu einer Mitgliederversammlung amtierend wirkt, die am 10. November in Halle stattfinden soll. Zu dieser Mitgliederversammlung sind alle bisherigen BNU-Mitglieder eingeladen. Wichtigster Tagesordnungspunkt wird die Diskussion über die Lage und Zukunft des BNU sein. Der Vorstand des BNU Sachsen-Anhalt hofft darauf, daß sehr viele Mitglieder, aber auch interessierte den Weg nach Halle finden, um darüber zu beraten, wie die verbandspolitische Arbeit im Natur- und Umweltschutz auf Landesebene gemeinsam weitergehen kann, mit dem Hauptziel, bewährte Arbeitsstrukturen, Identitäten, Kontakte und Inhalte zu erhalten, wiederherzustellen oder auszubauen. Insbesondere soll auch darüber informiert und diskutiert werden, welchen Sinn ein Landesverband für Natur und Umwelt hat (z.B. Inhalt und Bedeutung des §29 Bundesnaturschutzgesetz) und wie sich ein landesweit tätiger Verein des Natur- und Umweltschutzes unter den neuen Bedingungen am Leben erhalten kann oder muß. Der genaue Ort und die genaue Uhrzeit der Mitgliederversammlung werden in persönlichen Anschreiben noch durch den amtierenden Landesvorstand bekanntgegeben.

Dresden. Am 24.9.1990 fand in Dresden ein Treffen zwischen dem Vorstand des BNU Sachsen und Vertretern des BUND (Peter Westenberger, stellv. Ge-

3

schäftsführer, Bonn und Stefan Bunschere, Mitarbeiter im Ost-West-Koordinationsbüro, Berlin-West) statt. Anlaß des Treffens war, Möglichkeiten und Formen des Zusammengehens BNU-BUND zu erörtern. Da in Sachsen bereits seit längerem ein "Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen" (BUNS) existiert, schien ein Zusammengehen bei Wahrung eines Höchstmaßes an Eigenständigkeit und an Erhaltung bewährter Arbeitsstrukturen schwierig. Es wurde jedoch ein geeigneter Vorschlag erarbeitet, der erstens vorsieht, einen gemeinsamen, paritätisch besetzten "Arbeitsausschuß" zwischen BNU und BUNS zu bilden mit dem Ziel, im ersten Quartal des nächsten Jahres eine Mitglieder (delegierten)-Versammlung beider Verbände einzuberufen, auf der dann ein neuer, aus Vertretern oder Vertreterinnen beider Verbände zusammengesetzter Vorstand eines starken, gemeinsamen Landesverbandes des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND-Sachsen) gewählt werden soll. Zweitens sollen die bestehenden BNU-Arbeitsstrukturen (Fachverbände, -gesellschaften, Arbeitskreise) aufrechterhalten werden.

Schwerin/Rostock. Am 29.9.1990 fand in Rostock ein Vorbereitungstreffen zur Gründung des Bund für Umwelt und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern statt. Diese Gründung soll am 20.10.1990 erfolgen. Zur Vorbereitung waren Vertreter und Vertreterinnen der bestehenden Kreisgruppen des BUND sowie Vertreter und Vertreterinnen des BNU Mecklenburg-Vorpommern eingeladen. Gegenstand des Treffens war auch die Diskussion über das Ergebnis der Umfrage, die seit Ende August innerhalb des BNU durchgeführt wurde, um die Orientierungswünsche der BNU-Mitglieder zu ermitteln. Die Umfrage wurde jedoch nur spärlich beantwortet (weniger als 58 Rücklauf), und es kam nichts heraus, was nicht schon bekannt war. In Rostock, Schwerin und Neubrandenburg gibt es eine erkennbare Neigung zum BUND, insbesondere in den ländlichen Gebieten einen Übergang zum Naturschutzbund (vor allem die Ornithologen), ein Drittel der Antwortenden wollte wei-

terhin im Rahmen des bestehenden BNU wirken.

Erfurt. Am 14.9.1990 fand in Erfurt im Haus des Kulturbundes eine Sitzung des BNU-Landesvorstandes Thüringen statt. Es wurde beschlossen, im Rennsteiggarten/Oberhof am 12. und 13.10.1990 eine "Klausurtagung" durchzuführen, auf der die Einberufung einer Mitgliederdelegierten-tagung vorbereitet werden soll, mit dem Ziel der Gründung eines "BNU Thüringen e.V.". Derzeit wird geprüft, in welcher Form die Anerkennung des BNU als §29-BNatSch-Verband erreicht werden kann.

In Thüringen gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem BUND noch schwierig. Offenbar ist dies auf fehlende Kommunikationsstrukturen für die "Vergangenheitsbewältigung" zurückzuführen. Der Landesvorstand des BNU will weiterhin die Zusammenarbeit anstreben, zumal sich kürzlich auf einer gemeinsamen Veranstaltung von BNU und BUND trotz Suche keine inhaltlichen Differenzen zwischen BNU und BUND zeigten.

Der Kulturbund e.V. Thüringen will versuchen, in Erfurt das bisher von ihm verwaltete Gebäude zu halten und dann ab dem kommenden Jahr Räume dieses Hauses für alle interessierten Umweltschutzgruppen zur Verfügung zu stellen. Dieser Gedanke wurde vom BNU-Landesvorstand sehr positiv aufgenommen, angesichts der Schwierigkeiten, die sich derzeit ergeben, wenn es darum geht, Räume kostengünstig anzumieten. Es wurde von seiten des Kulturbundes jedoch auch deutlich gemacht, daß es irgendwelche (Arbeits-) Beziehungen sein sollten, die eine kostenlose Überlassung von Räumen rechtfertigen würden.

Frankfurt/Oder. In Brandenburg wird nun eine landesweite Aktion des BNU e.V. zur Werbung von Mitgliedern in-gangesetzt. Bekanntlich hatte sich hier der BNU bereits im Mai d.J. gegründet. Erst jetzt wurde jedoch die materielle Grundlage für eine breite Werbeaktion gesichert.

Einen der ersten Erfolge gab es am 26.9.1990 in Guben, wo sich eine Mit-

gliederstarke Kreisgruppe des BNU gegründet hat.

Einen guten Start hat auch die Umweltanalytik Brandenburg GmbH hinter sich. Mit dem mobilen Maßwagen wurden bereits mehrere Einsätze vor Ort gefahren und Messungen der Umweltbelastungen durchgeführt, so z.B. in Bit-terfeld.

Frankfurt/Oder. Der BNU Brandenburg e.V. gab kürzlich eine Broschüre mit dem Titel "Umweltbericht Frankfurt/Oder" heraus. Das Heft kostet 4,- DM und ist in der Geschäftsstelle, Otto-Nuschke-Str.34, 1200 Frankfurt/Oder erhältlich. Ziel der Broschüre ist es, eine Übersicht über die Umweltsituation im Bezirk insgesamt zu geben, dabei territoriale Schwerpunkte sichtbar zu machen und erste prinzipielle Schlußfolgerungen zu ziehen. Am Ende eines jeden, über die medialen Umweltprobleme informierenden Kapitels werden solche Schlußfolgerungen gezogen, wie Veränderungen zugunsten der Umwelt herbeigeführt werden können. Die Broschüre wurde mit Unterstützung des BUND gedruckt.

Berlin. In Zusammenarbeit mit Mitgliedern des BNU wird die Durchführung einer Diskussionsveranstaltung im Oktober vorbereitet, zu der aktive Natur- und Umweltschützer und -schützerinnen (ehemalige und Noch-BNU-Mitglieder) bzw. Mitglieder von BNU-Fachgruppen eingeladen werden. Ziel ist es, über die veränderte Situation des Natur- und Umweltschutzes nach dem 3.10.1990 und über die Bedeutung einer verbandspolitischen (Re-)Organisation zu diskutieren. In Berlin-Ost gibt es zwar eine nur noch schwer überschaubare Fülle von meist örtlichen Initiativen, Institutionen Gruppen, Interessengemeinschaften und Vereinen des Natur- und Umweltschutzes, jedoch keinen wirksamen Dachverband. Um im zukünftigen Land Berlin gerade angesichts der vielen Aufgaben der Stadterneuerung in Berlin-Ost einen gewichtigen Einfluß auf die zukünftige Umweltgestaltung nehmen zu können, stellt sich praktisch die Frage der Zusammenarbeit für die vielen Einzelgruppen und interessierten Personen.

2

4

MITGLIEDERWERBUNG NOTWENDIG

Wie auch immer die Orientierung im einzelnen aussieht: Jede Landesverband, jede Bezirks-, Kreis- oder Ortsgruppe steht vor dem Problem, in Zukunft die Arbeit vor allem durch Mitgliedsbeiträge und durch das Einwerben von Spenden zu sichern oder neu anzuschließen. Dabei wird die Unterstützung durch die Kommunen, durch die Zuweisung z.B. von Bußgeldern, die für Umweltvergehen von den Verwaltungsgerichten erhoben werden und durch die Landesstiftungen für Umwelt- und Naturschutz sowie durch die Landesregierungen eine wichtige Rolle spielen. Hier gilt es, sich auf schnellstem Wege Fachwissen darüber einzuholen bzw. anzueignen, wie sich die sogenannten "non-profit-organizations", zu denen Umweltschutzvereine und -verbände gehören, behaupten können.

BNU NUN SELBSTÄNDIG

Berlin (hb). Seit dem 26.9.1990 ist der Bund für Natur und Umwelt als Verein registriert worden, ist somit rechtsfähig und kann nun das "e.V." in seinem Namen führen. Die Gründung war notwendig geworden, weil nur so speziell für die Natur- und Umweltschutzarbeit gedachte Fördermittel beantragt werden können. In einem ersten Schreiben wurde der damalige DDR-Umweltminister Steinberg aufgefordert, für eine gerechte Verteilung der für die Unterstützung der auf DDR-Gebiet aktiven Umweltverbände gedachten Mittel zu sorgen. Ein solches Schreiben wurde auch vom BUND verfaßt, denn bis Mitte September hieß es noch, daß die Mittel nur den Verbänden zufließen sollten, die bereits nach §29 BNatSchG anerkannt waren. Und das war nur der DBV/Naturschutzbund. Diese Klausel ist allein schon deshalb eigenartig, wo doch bislang kein Planungsverfahren bekanntgeworden ist, bei dem der §29 eine Rolle spielte... Eine Antwort erhielten wir vom Umweltminister nicht (mehr). Die Selbstauflösung war wohl dringender. Dazu aber noch weiter unten.

Nunmehr kann der BNU e.V. auch in rechtsfähige Vertragsverhandlungen mit dem Kulturbund e.V. eintreten, z.B. zur langfristigen Sicherung seines Archivs, zur Nutzung von Räumen etc. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der Kulturbund e.V. sich in Berlin das Ziel gesetzt hat, seine Räume in der Otto-Buschke-Str. 1 für die (ehemaligen) Fachgesellschaften, also auch das BNU e.V., die in noch auszuhandelnden Arbeits- oder sonstigen Beziehungen mit dem Kulturbund bleiben, kostenlos zur Verfügung zu stellen.

NÄCHSTE TAGUNG DES KOORDINIERENDEN RATES DES BNU AM 27.10.1990 IN BERLIN

(hb) Am 27.10.1990, 11 Uhr, wird in Berlin (Bundesgeschäftsstelle, Johannesstr. 2, 1030 Berlin) die nächste Sitzung des Koordinierenden Rates stattfinden. Die Tagesordnung sieht unter anderem Diskussionen vor über

- die neuesten BNU-Entwicklungen in den Landesverbänden, Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen,
- die Entwicklungen der ZFA, Gesellschaften, Arbeitskreise und Interessengruppen,
- die Zukunft als Dachverband,
- Handlungsempfehlungen zur verbandspolitischen Arbeit,
- die weitere Zusammenarbeit mit dem BUND,
- die weitere Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund,
- Möglichkeiten und Tips zur finanziellen Absicherung des BNU e.V., die sich nunmehr aus der Eigenständigkeit ("e.v.") und Gemeinnützigkeit des BNU ergeben. Hier müssen die Mitglieder durch Informationen und Beratung möglichst unterstützt werden. Zu denken ist in erster Linie an Anfragen und Anträge an Stiftungen, Anträge auf institutionelle Förderung durch die neuen Landesregierungen, Beantragung von ABM- und Zivildienst-Stellen bei den zuständigen Arbeitsämtern bzw. Kreiswehersatzämtern, direkte materielle Unterstützung von BNU-Gruppen vor Ort (Anträge an Ge-

meinderäte, Stadträte, Landkreise, Anträge an Verwaltungsgerichte auf Zuweisung von Bußgeldern, die für Umweltvergehen anfallen) usw..

BNU MITVERANSTALTER VON TAGUNG ZUM ÖKOLOGISCHEN LANDBAU

Berlin (hb). Im Dezember 1990 wird in Berlin eine Tagung stattfinden zum Thema Landwirtschaft und Umwelt/ Ökologischer Landbau als Alternative zu künftiger Landnutzung (genaues Tagungsthema liegt Anfang Oktober vor). Veranstalter wird die Tagung von der Grünen Liga, dem BUND, der Initiative Ökologischer Landbau und dem BNU. Weitere Informationen im nächsten BNU-Brief oder über die Geschäftsstelle BNU (c/o H.Behrens).

BUND-AKTIONEN

(hb) Derzeit laufen in den ehemaligen DDR-Ländern Aktionen des BUND. Zum einen bittet der BUND um Informationen über Planungen und Maßnahmen vor Ort, die umweltgefährdend sind. Mithilfe dieser Informationen soll eine "Schwarze Liste" von Umweltsünden in den ostdeutschen Bundesländern erstellt werden. Zum anderen führt der BUND eine Kampagne "Rettet die Allee-bäume" durch (s.Anlage), die durch die zu erwartenden verkehrsinfrastrukturellen Maßnahmen im Zuge des sprunghaft ansteigenden individuellen KFZ-Verkehrs in der ehemaligen DDR begründet ist (die "Revolution" kostete auf diesem Wege bereits 1.600 Menschen das Leben). Beide Aktionen können unterstützt werden durch Zuschrift an den BUND-Landesverband Berlin-West, Jagowstraße 13, 1000 Berlin 21 oder an den BNU, PF 34, 1030 Berlin.

NATURSCHUTZBUND VERANSTALTETE TREFFEN MIT BNU-ZFA-VORSTZTEN

Berlin (sh) Am 14.9.1990 hatte der Naturschutzbund die Vorsitzenden von Fachgesellschaften und anderen Einrichtungen des BNU eingeladen, um über die Arbeit des Naturschutzbundes

und über ein mögliches Zusammengehen zu diskutieren.

An der Beratung nahmen teil: Dr. H.Dorfeld (Mykologische Gesellschaft im BNU), Dr. J.Haensel (AK Fledermaus beim IIN/ Tierpark Berlin), Dr. Ch.Kaatz (AK Weibstorch im BNU), Dr. G.Müller-Motzfeld (i.V. Entomofaunistische Gesellschaft im BNU), H.Nabrowsky (i.V. Feldherpetologie im NSBD), Prof. Dr. M.Stubbe (Säugertierkunde an ML-Univ. und AG Greifvögel und Eulen an ML-Univ. und BNU), Dr. U.Voigtländer (Sprecherrat Geobotanik im BNU), Doz. Dr. D.Wallschläger (Fachausschuß Ornithologie im NSBD), S.Hamsch (Bundesgeschäftsstelle des BNU), vom Veranstalter: G.Mitlacher (Bundesgeschäftsstelle Naturschutzbund Deutschlands-Bonn), Prof. Dr.M.Succow u. Dr.R.Caspar (beide Geschäftsstelle Berlin NSBD).

Nach der Eröffnung und Vorstellung der Teilnehmer durch Prof.Succow informierten R.Caspar und G.Mitlacher über die Arbeit des Naturschutzbundes Deutschland (vorher Deutscher Bund für Vogelschutz, DBV). Dabei kam zum Ausdruck, daß im Interesse des Naturschutzes ein vernünftiges Miteinander der vier Verbände BNU, BUND, Grüne Liga und NSBD/DBV vonnöten ist. Der Naturschutzbund ist bemüht, künftig bundesweite Fachausschüsse für die naturschutzrelevanten biologischen Fachbereiche zu schaffen und zu unterstützen. Dazu wurden die anwesenden Vertreter gebeten, über ihr Fachgebiet kurz zu berichten und dabei aufzuzeigen, welche Möglichkeit sie zur Weiterführung ihrer Tätigkeit sehen und wieweit eine Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund angestrebt wird.

Nach den Ausführungen der Vertreter des Naturschutzbundes informierte S.Hamsch kurz über die Lage im Bund für Natur und Umwelt (BNU), in dem ein Teil der hier vertretenen Fachgesellschaften z.Zt. (noch) wirksam ist. Grundlage bildete die Beratung des Koordinierenden Rates des BNU am 30.August 1990 in Berlin (s.Protokoll in Verbindung mit dem BNU-Brief 1/90).

Im Namen des BNU- Bundesgeschäftsführers H.Behrens und im Auftrag des Präsidiums wurde ebenfalls

das Interesse des BNU an einer allseitigen guten Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Es wurde auf die Bildung von Landesverbänden des BNU und die Zusammenarbeit mit dem BUND bis hin zur vorgesehenen Bildung von Landesgeschäftsstellen hingewiesen. In den Berichten der Vertreter der Fachgesellschaften wurden folgende Standpunkte bezogen: H.Nabrowsky erläuterte, daß die vorrangige Naturschutz Aufgabe der Feldherpetologen dazu führte, jetzt zum überwiegenden Teil im Naturschutzbund zu wirken. Einzelne Gruppen, wie z.B. Rostock, wirken weiterhin im BNU. Außerdem verwies er darauf, daß die Berliner Dendrologen noch nach Möglichkeiten zur Weiterarbeit suchen. Dr. Wallschläger erläuterte den Übergang eines großen Teils der Ornithologen vom Kulturbund zum DBV, von der ZFA-Sitzung im Dezember 1989 bis zur Delegiertenkonferenz im März in Potsdam. Er begrüßte die Schaffung ähnlicher Strukturen, wie sie sich jahrzehntelang im Kulturbund bewährt haben, im Naturschutzbund. Dr. Müller-Motzfeld nahm im Auftrag von Prof. Dr.Klausnitzer teil. Er kritisierte zunächst das Vorgehen des DBV im Frühjahr, z.B. im Bezirk Rostock. Bei den Entomologen tendieren einige Gruppen im Süden zum BUND, der größte Teil ist für eine eigene Entomofaunistische Gesellschaft, die zumindest vorerst weiter beim BNU verbleiben wolle.

Dr.Voigtländer wird den Sprecherrat des Bereiches Geobotanik am 10.Oktober 1990 einladen und die heutige Beratung auswerten. Dabei soll die Situation auf der Länderebene dargestellt werden und anschließend Empfehlungen zur künftigen bundesweiten Zusammenarbeit diskutiert und beschlossen werden.

Dr.Kaatz will die im März d.J. in der Arbeitskreisleitung getroffene Entscheidung aufgrund der veränderten Situation (u.a. mit der vorgesehenen Schließung der hauptamtlichen Fachabteilung zum Jahresende) auf einer erneuten Leitungsberatung am 10. November 1990 zur Diskussion stellen. Da auch das Weitererscheinen des Mittelungsblattes und die weitere hauptamtliche Besetzung des Storchenhofes zur Debatte stehen, ist eine engere

Zusammenarbeit mit dem NSBD in Aussicht genommen. Jedoch sollen das die Mitglieder entscheiden.

Dr.Dorfeld hob hervor, daß die Mykologen trotz anderer Vorstellungen in Dresden bisher zusammengehalten werden konnten. Auf der Fachgruppenleitertagung im April 1990 wurde der ZFA in die Gesellschaft für Mykologie umbenannt und ein Vorstand gewählt. Die Mykologen sind somit weiterhin Teil des BNU. Die Betreuung und Finanzierung ist derzeit auch bis zum Jahresende gesichert. Das Interesse der Mykologen gilt dem Weitererscheinen von "Boletus", der Fachzeitschrift der Gesellschaft, der Durchführung von Tagungen und der finanziellen Absicherung von Vorstandsberatungen. Die Mykologen gehen derzeit davon aus, daß diese Interessen ab Januar 1991 auf der bisherigen Basis durch den BNU nicht mehr gesichert werden können. Unter dieser Voraussetzung erscheint den Mykologen bisher ein Überführen der Strukturen in den NSBD als günstigste Variante, zumal die Mykologische Gesellschaft kein selbständiger e.V. werden, sondern unter dem Dach einer größeren Organisation, die sie finanziell und personell betreut, weiterarbeiten möchte. Prof.Stubbe verwies darauf, daß es für die Säugertierkundler noch kein einheitliches Dach gab. Es wird eine e.V.- Gründung, ein Zusammengehen mit westdeutschen Gruppierungen oder eine gesamtdeutsche große Organisation diskutiert.

Der Arbeitskreis Greifvögel und Eulen, den Prof.Stubbe ebenfalls leitet, wird künftig als Untergruppe der Weltarbeitsgruppe des ICBP wirken. J.Haensel als Leiter des AK Fledermausschutz (vom IIN geschaffen und in Zusammenarbeit mit dem Tierpark Berlin gewirkt) war bisher in seiner Arbeit auf sich allein gestellt. Es gab bisher keine Dachorganisation. Es wirken (inzwischen) Landesgruppen und Individualisten. Er möchte keinen e.V. gründen, sondern seinen AK unter ein gemeinsames Dach stellen, welches der Naturschutzbund sein könnte. Danach informierten die Veranstalter (Prof.Succow, Dr.Mitlacher) auf die Möglichkeit der Ausstattung der Landesverbände und der Fachverbände mit Computern, Schreibgeräten und Fahr-

zeugen sowie mit finanziellen Mitteln für die Arbeit. Hauptamtliche Landesgeschäftsstellen des NSBD sind in Überlegung und evtl. ab 1991 in einigen Ländern möglich. Bisher muß alles ehrenamtlich geleitet werden.

Danach folgten noch Ausführungen zur möglichen Organisation der Fachausschüsse und der Arbeit auf Landesebene im NSBD sowie die Bekanntgabe von Terminen für die Landesvertreter-Versammlungen.

TREFFEN MIT VORSTANDSMITGLIED DES NATURSCHUTZVERBANDES NIEDERSACHSEN (NVN)

Berlin (hb). Am Rande der Tagung "Deutsch-deutsche Umweltforschung" ergab sich ein Treffen zwischen dem Vorsitzenden der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems und Vorstandsmitglied des Niedersächsischen Naturschutzverbandes e.V. (NVN), Herrn Dr.Remmer Akkermann, Biologe und Wiss.Oberrat an der Universität Osnabrück, Abteilung Vechna und BNU-GF Behrens. Der NVN ist auf Landesebene in Niedersachsen tätig und nach 10jährigen Bemühungen seit drei Jahren als Verband nach §29 BNatSchG anerkannt.

Dr.Akkermann sprach seine Verwunderung darüber aus, warum es im BNU, der historisch gewachsenen, ältesten und größten und mit BRD-Verbänden fachlich kaum vergleichbaren Umweltschutzorganisation auf dem ehemaligen DDR-Gebiet, Absetzbewegungen aus finanziellen oder ähnlichen Erwägungen gebe.

Er war der Auffassung, daß in der derzeitigen schwierigen Übergangsphase viele BNU-Mitglieder offenbar ihre Organisation zu schnell aufgeben, ohne Möglichkeiten der eigenständigen Verbandsarbeit wirklich auszuloten, obwohl das Beispiel NVN und viele andere Beispiele aus der Bundesrepublik-West zeigten, daß eine eigenständige landesweite Verbandsarbeit auf der Basis aktiver Mitglieder mit viel Erfolg möglich ist.

Hieran anknüpfend wurden Schwierigkeiten des BNU-Übergangs von einem mehr oder weniger staatlich subventionierten Umweltschutzverband, in dem die Mitglieder nur geringe Kosten

aufzubringen hatten, zu einem unabhängigen Mitgliederverband, der sich vorrangig durch Mitgliedsbeiträge, durch Materialerstellung und -verkauf und durch das Einwerben von Spenden deckt, diskutiert.

Herr Akkermann lud in diesem Zusammenhang eine Delegation des BNU für ein Wochenende Ende Oktober/ Anfang November nach Wardenburg/ Oldenburg ein, um über die Arbeit des NVN und die seiner Meinung nach zahlreichen "Überlebensmöglichkeiten" eines landesweit tätigen Umweltschutzverbandes zu informieren.

AUS DEN ZFA, FACHGESELLSCHAFTEN, -VERBÄNDEN UND ARBEITSKREISEN DES BNU

Entomologische Gesellschaft (ce). Am 6.9.1990 trafen sich in Leipzig die Entomologen, um über ihre verbandspolitische Zukunft zu beraten. Es wurde beschlossen, daß zunächst bis Jahresende die Entomologische Gesellschaft im BNU verbleibt, um dann neuerlich zu beraten.

AK Weibstorch

(hb). Am 10.November wollen die Mitglieder des AK Weibstorch über ihre verbandspolitische Zukunft diskutieren.

Vor kurzem ist eine neue Broschüre "Rettet den Weibstorch" erschienen. Darin werden Lebensbedingungen der Störche, Arealansprüche, Pflegehilfen, u.v.a.m. beschrieben. Die Broschüre kann über die Geschäftsstelle bezogen werden.

Geobotaniker

(sh) Berlin, 10.Oktober 1990: An diesem Tage fand eine Beratung des Sprecherrates Geobotanik unter Leitung von Dr.U.Voigtländer statt. Nach einer kurzen Übersicht über den Stand des BNU zentral und in den Ländern durch BGF Behrens wurde die geobotanische Arbeit in den fünf nordostdeutschen Ländern eingeschätzt.

So hat sich die AG Mecklenburgische Floristen in die AG Geobotanik Mecklenburg-Vorpommern umgebildet. Sie gibt nun die Gewähr, daß die landesweite Zusammenarbeit der Interessent-

- Im Interesse einer weiterhin komplexen Zusammenarbeit an territorial übergreifenden Vorhaben wie Kartierungen, Bearbeitung von Schutzgebieten, Durchführung von Tagungen, Seminaren und Exkursionen sollten Landesfachausschüsse Geobotanik gebildet werden, die die Arbeit auf Landesebene koordinieren, unabhängig von der Zugehörigkeit der einzelnen Gruppen zu Naturschutzvereinigungen.

- Kontaktadressen für die einzelnen Länder:

- Mecklenburg-Vorpommern:**
Dr. Ulrich Voigtländer, Teterower Str. 28a, Waren/Müritz 2060
- Brandenburg:**
Dr. Dieter Benkert, Egon-Schulz-Str.9, Potsdam-Babelsberg 1502, Siegfried Hamsch, Neue Jakobstr.28, Berlin 1020, Hubert Illig, Bersteweg 9, Luckau 7960
- Sachsen-Anhalt:**
Dr. Uwe Wegener, Mozartstr.28, Halberstadt 3600, Doz. Dr. Erich Weinert, Am Kirchorst 3, Halle 4020
- Sachsen:**
Dr. Hans-Jürgen Hardtke, Georg-Palitzsch-Str.11, Dresden 8036, Dr. Hans Köhler, Talstr.33, Leipzig 7010, Dr. Susanna Kosmale, Clara-Zetkin-Str. 19, Zwickau 9550
- Thüringen:**
Dr. Werner Westhus, Otto-Schwarz-Str.34, Jena-Winzerla 6908

- Der auf der V.Zentralen Tagung für Botanik vom 18.-20. Mai 1990 in Erfurt gewählte und konstituierte Sprecherrat Geobotanik wird auch 1991 weiterwirken. Er wird für die fünf (sechs) nordöstlichen Länder verbandsunabhängig tätig sein.

Als letzten Punkt beriet der Sprecher Rat noch mögliche Vorhaben für 1991. So soll im Frühjahr 1991 die nächste Beratung des Sprecher Rates stattfinden. Das Manuskript mit der inzwischen vorliegenden Mehrzahl der Vorträge der V.Zentralen Tagung für Botanik vom Mai 1990 wird im November 1990 in Druck gehen, damit im ersten Quartal 1991 die Broschüre unter dem Titel "Flurgestaltung und Florenschutz" erscheinen kann. Eine Aufstellung der wichtigsten Veranstaltungen in den Ländern wurde begonnen

und hier die Bitte ausgesprochen, diese durch Mitteilungen von geplanten Veranstaltungen 1991 an die genannten Kontaktpersonen bis Ende November zu ergänzen, damit der Veranstaltungskalender 1991 noch in diesem Jahr vom Sekretariat des BNU zusammengestellt, vervielfältigt und verschickt werden kann.

Ichthyofaunistik

(sh) Im Fachgebiet Ichthyofaunistik als Teil des ehemaligen ZFA Feldherpetologie und Ichthyofaunistik wirken noch einzelne Mitglieder und Fachgruppen innerhalb des BNU in den Kreisen. Es gibt aber keinen zentralen Arbeitskreis mehr, da Dr. H.-J. Paepke seine Funktion als AK-Leiter und damit auch seine Vertretung im Koordinierenden Rat des BNU niedergelegt hat. In zwei Beratungen ist es Dr. Paepke nicht gelungen, ein anderes Mitglied der AK-Leitung als Verantwortlichen zu finden. Die Mehrzahl der Mitglieder ist inzwischen zum NSBD übergetreten.

Dendrolog. Gesellschaft (Berlin)

(hb) Auf einem Treffen am 8.10.1990 stellte sich heraus, daß die Berliner Dendrologen weiterhin im BNU tätig sein werden. Die notwendigen Arbeiten werden von der Geschäftsstelle übernommen. Noch im November soll ein Treffen mit Berliner (ehemaligen) BNU-Mitgliedern stattfinden, bei dem die veränderten Bedingungen und eine mögliche Reorganisation des Natur- und Umweltschutzes in der Stadt diskutiert werden sollen.

DDR-UMWELTMINISTERIUM ÜBERGANG BNU UND BUND !!

Skandalös verlief die Vergabe von 1,3 Millionen DM Fördermittel für Umweltverbände auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Mit der Klausel, daß nur nach §29 BNatSchG anerkannte Naturschutzverbände bedacht werden sollten, floß der gesamte Betrag einzig und allein dem Naturschutzbund Deutschlands zu, trotz eindringlicher Aufforderung von BNU und BUND an den damaligen Umweltminister Steinberg, für eine gerechte Verteilung der Mittel zu sorgen.

nahme von wichtigen Gesetzen (Pflanzenschutzgesetz, Düngemittelgesetz, Gesetz zur Verbrennung auf Hoher See), die Abschwächung von gesetzlichen Bestimmungen, z.B. im Immissionsschutzgesetz durch die Durchlöcherung des "Standes der Technik" usw.
Bachmann nannte auch als Negativbeispiel die Bodenordnung: Hier werde ein Bodenschutzrecht nicht eingeführt. Es finde sich ebenfalls keine Regelung für die steuerliche Behandlung des Bodenwertzuwachses, der in den nächsten Jahren Dutzende von Milliarden DM betragen werde. Außerdem existiere in den Ländern der BRD-Ost noch keine (schlagkräftige) Verwaltungs- und Gesetzesvollzugsstruktur. Dem diesbezüglichen Transfer von Fachwissen würde von Seiten der Politik viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.
Die nächste Tagung des Arbeitskreises arbeitsorientierte Regionalwissenschaft wird vom 23.-25.11.1990 in Weimar tagen. Das Thema wird dort vor dem Hintergrund der dann erfolgten Entwicklung fortgesetzt. InteressentInnen sind willkommen.
Kontakt: Dr. Herkmann Bömer, Univ. Dortmund, FB Raumplanung, Postfach 500500, 46 Dortmund 50, Tel.: 7552509

BERND HUNGER, ISA-Berlin, Machlewski-Str.90, 1034 Berlin-O.

TAGUNGS- UND AUSSTELLUNGSKALENDER OKT/NOV.

25.-27.10.90 Berlin. Der Deutsche Rat für Landschaftspflege führt ein Seminar "Flächensicherung für Naturschutz und Landschaftspflege auf dem Gebiet der ehemaligen DDR" durch. Ziel des Seminars ist es, Fachkollegen und -kolleginnen aus den Bundesländern BRD-West und -Ost zusammenzuführen, um die Grundlagen und verschiedenen Aspekte der Flächensicherung nach dem geltenden Naturschutzrecht zu diskutieren. Tagungsort: TU Berlin, Ernst-Reuter-Haus, Str. d. 17. Juni 110. Weitere Informationen: DRFL, Konstantinstr. 110, 5300 Bonn 2, Tel.: 334097

4. DR. GÜNTHER BACHMANN, Berlin, Umweltbundesamt, referierte schließlich zum Umweltschutzgesetz vom 8. Juni. Neben zahlreichen Verbesserungen für die DDR bringe dieses Gesetz im Vergleich zur Gesetzeslage der BRD aber wesentliche Verschlechterungen mit sich. Zu nennen sind die Nichtüber-

So wird Konkurrenz und schlechte Atmosphäre zwischen dem Ministerium und den Verbänden und unter den Verbänden ohne Not erzeugt. Zu Lasten der Umwelt übrigen. Gewollt?
Nach mündlicher Information sollen auf Nachfragen die Worte gefallen sein: "Für alte Organisationen sowieso keine müde Mark!" Da darf doch erstens die Frage erlaubt sein, ob das Umweltministerium den neuen BNU, seine Ziele und Satzung überhaupt zur Kenntnis nahm, zweitens aber auch, wie viele aus dem ehemaligen DDR-Umweltministerium selbst in der "alten" GNU Mitglied und dort in Amt und Würden waren! Und schließlich, wie viele z.B. aus dem "neuen" Naturschutzbund nicht in der GNU waren? Die Geschichte ist nicht zu betrogen. Man kann nur zu ihr stehen. Und das wollen wir. Es gibt nichts zu verbergen.

TAGUNGSBERICHT:

Tagung des Arbeitskreises arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalwissenschaft vom 30.6.1990 zum Thema "Stadt- und Regionalpolitik im Zeichen des DDR-Anschlusses"

Dortmund. (heb) Zum genannten Thema wurden am 30.6. folgende Themen referiert und diskutiert:

1. **DR. BERND HUNGER** vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, Berlin, referierte zum Thema "Hauptprobleme der Stadt- und Regionalentwicklung im Zuge der Vereinigung".

a) Zunächst berichtete er von der 1. Stadtkonferenz-Großraum Berlin (Ende Juni 1990), auf der der Handlungsbedarf zwecks kontrollierter sozialer und ökologischer Entwicklung des Großraums Berlin diskutiert wurde. Erforderlich sei eine über einen zu schaffenden Zweckverband Berlin integrierte Infrastrukturplanung, Bodenvorrats- und Gewerbeflächenpolitik, die die Planungsschwächen und Erpreßbarkeiten der Umlandgemeinden ausschalte. Nur so könne einem scharfen Zersiedelungsdruck entgegen gewirkt werden.

12. und 13.11.1990 Hankensbüttel

Workshop der Aktion Fischotterschutz e.V., Otter-Zentrum Hankensbüttel bei Celle. Thema ist die Frage der Renaturierung, Revitalisierung, des Rückbaus von Fließgewässern in der Agrarlandschaft. Anspruch und Wirklichkeit. Nähere Informationen: Aktion Fischotterschutz e.V., Postfach 1216, W-3122 Hankensbüttel, Tel.: 6055

15.11.1990 Königswinter

Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP-nahe) zum Thema "Frieden in Grün. Ost-West-Verhältnis im Umweltbereich", Königswinterer Str.41, 5330 Königswinter 41. Weitere Informationen: Friedrich-Naumann-Stiftung, Tel.: BRD-W, 02223-701260

23.-25.11.1990 Weimar.

Tagung des Arbeitskreises arbeitsorientierte Regionalwissenschaft zum Thema Stadt- und Regionalpolitik im Zeichen des DDR-Anschlusses" (näheres siehe oben unter "Tagungsbericht")

7.-9.12.1990 Konstanz.

Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP-nahe) zum Thema "Marktwirtschaft und Umweltschutz". Weitere Informationen: Friedrich-Naumann-Stiftung, Waldhaus Jacob, Eichhornstr.84, 7750 Konstanz, Tel.: BRD-W, 07531-81000

20.10.1990-1.4.1991 Berlin.

Im Heimatmuseum Neukölln (Mi 12-20 Uhr, Do-So 10-17 Uhr) wird im genannten Zeitraum eine Ausstellung unter dem Thema "Z.B. Asbest. Ein Stein des Anstoßes. Kulturelle und soziale Dimensionen eines Umweltproblems" gezeigt. Damit soll unter Einbeziehung aktueller umweltpolitischer Probleme ein Einstieg in die Historische Umweltforschung auf lokaler und regionaler Ebene versucht werden. Das Projekt ist eingebettet in ein größeres Forschungsvorhaben zur Industrie- und Umweltgeschichte des Bezirks Neukölln. Die Ausstellung wird in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt (UBA) und dem Dt.Heimatbund durchgeführt.

16.11.1990 Bonn. Energietag '90. Veranstaltungsschwerpunkte: Weltbevölkerungsentwicklung als Schlüsselfrage für Energie und Umwelt. Energieer-

b) Eine erste Grobklassifikation der Entwicklungsmöglichkeiten für die DDR-Regionen wurde nach den Kriterien Lagegunst, ökonomische Stabilität, Stadtkultur und Regionalbewußtsein, Wissensschaffspotential, technische Infrastruktur und Kommunikationswesen sowie Innovationsgeist in den Verwaltungen versucht. Danach haben das Thüringer Becken, Berlin und die Küstenregion günstige, Dresden, Magdeburg und Mecklenburg mittlere sowie die Niederlausitz sowie die Region Halle-Leipzig negative Merkmale aufzuweisen.

c) Als allgemeine Problempunkte der Stadtpolitik bezeichnete er

- das Fehlen einer demokratischen Kultur der Stadtplanung und -verwaltung,
 - den Verlust der im Herbst 1989 kurzzeitig erkämpften politischen Stadtkultur sowie das Fehlen einer Tradition der Sozialplanung im Stadtumbau,
 - unrealistische Vorstellungen über die Möglichkeiten der Kostendeckung städtischer Dienstleistungen durch Gebühren und Beiträge (und damit auch über die Privatisierung) und damit
 - Tendenzen einer "Amerikanisierung" der Stadtpolitik mit der Gefahr, daß die ehemalige DDR diesbezüglich als "Trojanisches Pferd" für die BRD-West fungieren könne.
- d) Bernd Hunger forderte schließlich im Rahmen eines Städtebauförderungsprogramms für die DDR
- ein Stadterneuerungsgesetz,
 - eine Gebäudeinstandsetzungsabgabe,
 - ein Wertausgleichsprogramm zwecks Abschöpfung von Spekulationsgewinnen. Das erforderliche Förderungsvolumen schätzte er auf 20-30 Milliarden DM pro Jahr. Eine gute Orientierungsgrundlage für die Stadt- und Regionalpolitik stellten die "Empfehlungen zur kommunalen und regionalen Entwicklung und Planung in der DDR" dar, die von der "Ständigen Konferenz der Professoren für Städ-

spektiven Europas. Veranstalter ist das Nationale Komitee des Weltenergieerates für die Bundesrepublik. Informationen und ausführliches Programm: Inform Verlagsgesellschaft mbH, Heussallee 10, 5300 Bonn, Tel.: 5070

"Rettet die BNU (GNU)- Geschichte!"

Wir bitten alle Freunde und Freundinnen von Natur und Umwelt, alle ehemaligen Mitglieder, Freunde und Freundinnen und alle Interessierten, Material, das Zeugnis ablegt von der Arbeit des BNU (der GNU, der Abt. "Natur und Heimat" im Kulturbund...) zu retten, wo immer es vorhanden ist! Durch die Auflösung der Kreis- und Bezirksamtsstellen des Kulturbundes droht die BNU/GNU-Geschichte den berühmten Bach hinunterzugehen. Etwas wurde bereits vernichtet. Alles redet über Stasi-Akten, keine(r) über Akten, die von der bewahrenswerten Geschichte der Umweltbewegung der DDR zeugen (können)! Wenn auch derzeit kein großes Interesse oder keine Zeit zur Aufarbeitung der Geschichte besteht: Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß dieses Interesse wächst, wenn sich erst Normalität im Alltag eingestellt hat. Welch mühsames Unterfangen droht denen, die diese Geschichte aufarbeiten wollen, wenn dieses Archivmaterial verloren geht.

In diesem Sinne bitten wir herzlich darum, uns Hinweise auf den Verbleib von Material zur Geschichte des BNU/der GNU/ der Natur- und Umweltschutzarbeit vor Ort zu geben oder uns solches Material direkt zur Aufbewahrung zu schicken, wenn es nicht selbst gelagert werden kann oder soll. Gleichzeitig bitten wir darum, daß Menschen, die solches Material besitzen, uns ihre Adressen schicken mit Angaben über das vorhandene Material. Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle sehen ihre Hauptaufgabe bis Ende des Jahres darin, das vorhandene Material zu sichern, zu sichten, kartimäßig zu erfassen und für eine langfristige Lagerung zu sorgen. Ziel ist es, die Zugänglichkeit des Materials für Forschung und Lehre herzustellen und so

tebau an den deutschsprachigen Hochschulen" Ende Mai 1990 erarbeitet wurden (Bezugsquelle: Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung, Prof. F. Spengelin, Univ. Hannover, W-3000 Hannover)
2. **DR. HOLGER SCHMIDT** aus Weimar, Mitarbeiter eines Planungsbüros für Generalbebauungs- und Stadtplanung, berichtete am Beispiel der Kleinstadt Bleichenrode im Harz über derzeit typische Probleme, die bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen mit Schwerpunkt Gewerbestandorte bestehen. Es gebe bis dato keine Diskussion über Stadtentwicklungsfragen; die Sicherheit der ansässigen Betriebe sei nie angezweifelt, eine Alternativplanung folglich nie in Erwägung gezogen worden; es herrsche große Unsicherheit über die nun gültigen Verfahren nach Baugesetzbuch der BRD-W, die außerdem für den aktuellen Bedarf viel zu langwierig seien.
3. **DR. HERMANN BÖMER**, Universität Dortmund, referierte über die "Skizze eines Umbauprogramms für die DDR", das sich vor allem mit Fragen der Energie- und Verkehrspolitik in den Bundesländern der BRD-Ost beschäftigte und in gekürzter Form Eingang in das "Sondermemorandum" der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gefunden hat, die jährlich parallel zum "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" ("Der Rat der 5 Weisen") ein Alternativgutachten vorlegt. Trotz aller negativen Entwicklungen und insbesondere wegen der Automobilsierungs euphorie seien die Realisierungschancen für eine eher ökologisch orientierte Verkehrs- und Energiepolitik allein deshalb nicht völlig verbaut, weil sie letztlich erheblich weniger Investitionen erfordern würde und damit für den Bundeshaushalt erheblich billiger sei.
4. **DR. GÜNTHER BACHMANN**, Berlin, Umweltbundesamt, referierte schließlich zum Umweltschutzgesetz vom 8. Juni. Neben zahlreichen Verbesserungen für die DDR bringe dieses Gesetz im Vergleich zur Gesetzeslage der BRD aber wesentliche Verschlechterungen mit sich. Zu nennen sind die Nichtüber-

der Nachwelt 40 Jahre Umweltschutzarbeit der DDR zu sichern.

VERSCHIEDENES

Die Bundesschule des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sucht auf Honorarbasis dringend Referenten und Referentinnen für seine Bildungsarbeit. Diese soll zum Thema "Umweltprobleme und Umweltschutz im Betrieb" (rechtl., ökon., pol., ökon. Aspekte) in Form von Seminaren mit interessierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in Bayern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durchgeführt werden. Bei Interesse bitte Kontakt aufnehmen mit der DGB-Bundesschule, c/o Thomas Voß, Am Homberg 46-50, 4320 Hattingen/Ruhr, Tel.: 22421 oder mit der Bundesgeschäftsstelle des BNU, c/o Hermann Behrens.

BNU-VertreterInnen in die Landesstiftungen für Umwelt- und Naturschutz (S.U.N.)

Im Mai 1990 haben Umweltschützer und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Ost und West die S.U.N. ins Leben gerufen. Mittlerweile bestehen Landesstiftungen gleichen Namens, die sich das Ziel setzen, förderungswürdige Projekte materiell zu unterstützen, indem sie Fördermittel erschließen und nach einem noch zu erstellenden Kriterienkatalog vergibt. Als erstes Projekt wurde die Mahd der Spreewaldwiesen realisiert. Ein Unternehmen der Versicherungsbranche der BRD-West sichert durch Zahlung von ca. 300.000 DM die Mahd von etwa 450 ha Spreewaldwiesen, die seit 10 Jahren nicht mehr gemäht wurden. Dadurch nahmen Verbuchung und Verwaldung dieser typischen Feuchtwiesen zu.

Die Umweltverbände sind nunmehr aufgefordert, Persönlichkeiten für die Landesvorstände der Stiftungen zu benennen. Zu diesem Zweck möchten wir die BNU-Landesvorstände bzw. -geschäftsstellen bitten, sich schnell mit der S.U.N.-Geschäftsstelle in Berlin, Tschalkowskistr.4, Berlin-Pankow 1110 in Verbindung zu setzen. Tel.: 2336083

Wanderausstellung "Grün kaputt".

Weimar (hb). Für den 25.5.1991 ist die Eröffnung der Ausstellung "Grün kaputt" in Weimar (Belvedere) geplant. Die Ausstellung wird gemeinsam von BNU und vom BUND gezeigt. In ihr werden in Form von Farbfolien und vorher-nachher-collagen Möglichkeiten der Gestaltung von devastierten Landschaftsbestandteilen dargestellt. Die Ausstellung soll bis zum 30.6.1991 in Weimar verbleiben und dann weiterwandern, aber wohin...? Um dies zu erfahren, möchte der Landesvorstand des Bund für Naturschutz Bayern (im BUND) noch möglichst im Laufe des Oktober Informationen darüber haben, in welchen Städten der ehemaligen DDR die Ausstellung "Grün kaputt" ab 1.7.91 noch gezeigt werden soll. Wenn BNU-Gruppen in Städten der ehemaligen DDR Interesse an der Ausstellung haben, dann mögen sie sich bitte schnellstens in der Geschäftsstelle des BNU in Berlin, PF 34, 1030 Berlin, Tel.: 2805176 melden. Die Ausstellung ist kostenlos und wird bei Interesse vorbeigebracht und aufgestellt!!!!

Kiechle fordert verstärkte Flächenstilllegung

(hb) Geht es nach dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (EMELF), so sollen Flächenstilllegungen in der BRD, insbesondere im Osten der BRD, drastisch ausgedehnt werden. Flächenstilllegungen wurden in der Vergangenheit auch mit umwelpolitischen Argumenten begründet. Sie seien geeignet, die Intensität der Landwirtschaft zu verringern.

Der Umweltschutz (Bodenschutz) tritt jedoch lediglich - wenn überhaupt - als Nebeneffekt auf, weil die Entscheidung von Landwirten, Flächen stillzulegen bzw. zu extensivieren, ausschließlich auf betriebswirtschaftlichen Erwägungen beruht. In den intensiv genutzten landwirtschaftlichen Gebieten der BRD-West, so etwa in Süddoldenburg, blieben die Flächenstilllegungsprogramme vollkommen ohne Wirkung. Dort wird jeder Quadratmeter Boden gebraucht. Boden ist knappe Ware, Höchstpreise für Bodennutzung (Pacht) oder -kauf (Bodenpreis) sind die Folge.

Die Dimension des Naturschutzes und des Bodenschutzes (z.B. Nähr- und Schadstoffdynamik) bleibt in den Stilllegungsprogrammen weitgehend unberücksichtigt. Die stillgelegten Flächen sind in aller Regel nicht solche, die aus naturschutz- oder bodenschutzfachlicher Sicht stilllegungswürdig sind. Eine fachliche Begleitung fehlt. Darüberhinaus wurden z.B. in Nordrhein-Westfalen unsoziale Folgen festgestellt, weil kleinere Betriebe aus ökonomischen Gründen kaum teilnehmen konnten und größere sich durch die Stilllegung bereits intensiv genutzter, ertragsarmer Flächen zusätzliches Geldkapital verschafften.

Die Flächenstilllegungsprogramme, die in absehbarer Zukunft mit Vehemenz in die ehemalige DDR einzugreifen werden, sind aus umwelpolitischen Gründen abzulehnen. Stattdessen sind flächendeckende Bodennutzungskonzepte vorzuziehen. So könnte endlich begonnen werden, die in der BRD-West politisch vielgelobten, aber praktisch wirkungslos gebliebenen §§55ff. des BNatSchG, die Bestimmungen über Landschaftsplanung, in den Gebieten der BRD-Ost weiterzuentwickeln und umzusetzen. Zu den Voraussetzungen und Möglichkeiten gehören in diesem Zusammenhang

- die Erhaltung und Stützung der LP-Gen bzw. der Grundeigentumsverhältnisse (keine Zersplitterung des Bodeneigentums oder der -nutzung). Keine Stilllegungs-, sondern Bewirtschaftungsprämien, die nach naturschutz- und bodenschutzfachlichen Kriterien ermittelt werden sollten.
- die Aufstellung von LPG-weiten Landschaftsplänen als Teil der zu erstellenden Flächennutzungspläne der Gemeinden und die Kopplung der Bodennutzung an die in den Landschaftsplänen vorgegebenen, naturschutzfachlich und bodenschutzfachlich erarbeiteten Ziele (Stichwort: Standortgemäße Agrarproduktion). Keine bewußtlose Auslieferung der ostdeutschen Landwirte an den Markt.
- die Integration von Bodennutzungsverordnungen in die Landschaftspläne. Die Bodennutzungsverordnungen sollten die Kriterien der Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit

(nach §1 BNatSchG) erfüllen und unter Beteiligung der Landwirte erstellt werden. Sie sollten auch nach Bewirtschaftungsformen differenzierte Gebühren- und Erstattungsregelungen enthalten.

- verwaltschaftsseite die ständige naturschutz- oder bodenschutzfachliche Betreuung der LPGen (wie es z.T. schon in der Vergangenheit der Fall war), durch bei den Kreisen angestellte LandschaftsplanerInnen oder BodenkundlerInnen o.ä. Teil dieser Betreuung wären z.B. ökologisch orientierte Weiterbildungsmaßnahmen.
- keine großflächigen Stilllegungen, z.B. durch Aufforstungen, sondern naturschutzgerechte Weiterbewirtschaftung der für die Marktproduktion unrentablen Standorte durch staatlich subventionierte Landwirte ("Reproduktionsbauern" in großzügiger Weiterentwicklung der Förderungskonzepte des ökologischen Landbaus), z.B. nach dem Vorbild der norwegischen Agrarpolitik. Geld ist genug vorhanden, denn in Brüssel wird jährlich mehr Geld in die Lagerung von Überschußprodukten gesteckt als die BRD-West-Landwirte erwirtschaften. Diese Gelder könnten umgelenkt werden.

"Naturpark" - eine Schutzkategorie ohne Schutzwirkung

Ein großer Teil des Nationalparkprogramms hat bekanntlich den rechtlichen Status eines Naturparks erhalten. Das sind nach §16 BNatSchG solche "einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete, die

1. großräumig sind,
2. überwiegend Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete sind,
3. sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen und
4. nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind."

Dieser Status garantierte in der BRD-West jedoch keinen Naturschutz. So zeigen Erfahrungen beispielsweise aus dem "Naturpark Dümmer" in Südwest-Niedersachsen, daß dort große Teile der nach der RAMSAR-Konvention als

Feuchtgebiete internationaler Bedeutung ausgewiesenen Dümmerwiesen im Westteil des Naturparks zu Ackerland umgebrochen und durch die intensive Landwirtschaft (Massentierhaltung mit hohem Anfall von Gülle) stofflich hoch belastet sind. Durch die stofflichen Belastungen droht der Dümmer, eines der letzten Refugien für Wasser- und Watvögel im niedersächsischen Binnenland, innerhalb weniger Jahre zu verlanden. Der Fremdenverkehr brachte zusätzliche Konflikte in dieses Gebiet. So konnten die Gemeinden bis heute keine fachgerechte Entsorgung des anfallenden Touristenmülls oder der -exkremate gewährleisten.

Alles in allem hat der Schutzstatus "Naturpark" mehr Probleme verursacht als gelöst. Angesichts der großen Erwartungen an die Wirksamkeit des Nationalparkprogramms ist also Vorsicht geboten, zumal bereits bekannt wird, daß die einstweilig gesicherten Gebiete keineswegs gesichert scheinen.

Nach der Roten Armee und der NVA kommt die Bundeswehr

Denn insbesondere die Flächen, die vor der einstweiligen Sicherstellung durch das Militär genutzt wurden, etwa als Truppenübungsplatz, sind nicht gesichert. So hat bereits das Bundesverteidigungsministerium Ansprüche u.a. auf die vormals militärisch genutzten Teile der Naturschutzgebiete Zingst und Colbitz-Letzlinger Heide angemeldet. Da bekanntlich gewichtige Teile der Gebiete des Nationalparkprogramms ehemals Militärfächen sind und die Bundeswehr von ihren bisherigen Standorten, z.B. aus der Lüneburger Heide, nach Osten verlegt wird, werden neue Nutzungskonflikte auf die Umweltbewegung der ostdeutschen Länder zukommen. Dagegen regt sich allerdings bereits Widerstand, beispielsweise in Gardelegen in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Dort wurde Mitte der dreißiger Jahre ein Truppenübungsgebiet der Deutschen Wehrmacht eingerichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg und einer kurzen amerikanischen Besatzungszeit erfolgte die Nutzung des Geländes durch

die sowjetischen Streitkräfte und später auch durch andere Armeen der Warschauer Vertragsstaaten.

Aus einem relativ kleinen Schießplatz wurde innerhalb von wenigen Jahrzehnten eine ca. 200 km² große Wüste. Durch Schieß- und Fahrbomben, Brände und Abholzen ist ein fast baumloses Gebiet in der Altmark entstanden. Derzeit wird in enger Zusammenarbeit zwischen der Kreisverwaltung Gardelegen und der sowjetischen Armeeverwaltung die Auflösung des Truppenübungsplatzes mit dem Ziel einer zivilen, naturschutzorientierten Nachnutzung betrieben.

Diese Entwicklung ist nunmehr gefährdet, denn es gibt militärische Nachnutzungsinteressen von Seiten der Bundeswehr. Daher rief die "Bürgerinitiative Colbitz" zum 23.9.90 zu einer Kundgebung auf, zu der sie folgenden Aufruf veröffentlichte: "Zur Durchsetzung des Bürgerwillens, einer Auflösung des Schießplatzes in der Heide, zur Sicherung unseres lebensnotwendigen Trinkwassers und zur Wiederbewaldung brauchen wir die Hilfe aller.

Die Kundgebung ist dringend notwendig, da es starke Bestrebungen gibt, dieses Militärgelände nach Abzug der Sowjetarmee als militärisches Sperrgebiet weiter zu erhalten. Sie ist Ausdruck der verbesserten Zusammenarbeit mit der Sowjetarmee.

Da die Militärs sehr aktiv sind, ist es dringend erforderlich, mit dieser Kundgebung unserem Volkswillen auch mit Hilfe der aufgerufenen Medien Nachdruck zu verleihen. Die Heide hilft mit, daß die Heide wieder zu Wald, zur grünen Lunge Sachsen-Anhalts wird und uns weiterhin sehr sauberes Trinkwasser für 600.000 Menschen erhalten bleibt. Zeigt eure Verbundenheit zur Natur auch damit, daß die Anfahrt nach Colbitz zum Dolken vorzugsweise mit dem Fahrrad geschieht...".

WICHTIGE INFORMATIONEN AUS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE BERLIN, POSTFACH 34, 1030 BERLIN, TEL.: 2805176

Zukunft von "Der Falke"

(sh). Die Zeitschrift "Der Falke" erscheint vorerst im Urania-Verlag wei-

ter. Ab Januar 1991 hat sie eine verbesserte Aufmachung, was einen neuen Preis von etwa 3,50 DM zur Folge hat. Diese Zeitschrift ist also weiterhin im Post-Abo zu beziehen.

Folgendes Material ist noch vorhanden und kann über unsere Geschäftsstelle bestellt werden:

- Beiträge zur Gehölzkunde 1989 (7,- DM); hier sind auch ältere Jahrgänge noch vorhanden
- "Inventarisierung und Florenschutz", I. Zentrale Tagung für Botanik 1973 (2,50 DM),
- "Florenwandel und Florenschutz", II. Zentrale Tagung für Botanik 1977 (3,-DM),
- "Biotop- und Florenschutz", III. Zentrale Tagung für Botanik 1981 (3,50 DM),
- "Populationsökologie und Florenschutz", IV. Zentrale Tagung für Botanik 1985 (4,- DM),
- "Liste ökologisch bedeutsamer Bereiche auf dem Territorium der DDR" (1,-DM),
- "BOLETUS", Zeitschrift für Mykologie, verschiedene Hefte (je Heft 5,-DM, ältere Hefte 3,-DM),
- "Bildmappe Heimische Orchideen-Aquarelle", 1. Teil (25,-DM),
- "Vortragsband zur Ehrung von Johann Friedrich Naumann 1980" (5,-DM),
- "Gedenkkolloquium zum 200. Geburtstag von Christian Ludwig Brehm 1987" (4,-DM),
- "Mitteilungen der DDR-Sektion des Internationalen Rates für Vogelschutz 1989" (5,-DM),
- "Merblätter zum Schutz von Weißstorch und Uferschwalbe" (je 0,50 DM),
- "Mineralbestimmung durch einfache chemische Analytik (8,- DM)
- Exemplare der "Fundgrube". Sämtliche Jahrgänge (je Ex. 3,-DM)

IMPRESSUM:
 Herausgeber: BNU-Bund für Natur und Umwelt, PF 34, 1030 Berlin, Tel.: Berlin-2805176.
 Etwaige Spenden zur Finanzierung von Druck- und Fortkosten der BNU-Briefe bitte auf unser Konto bei der Sparkasse der Stadt Berlin, Kto.-Nr. 6652-31-51330
 Auflage: 2.000 Ex.
 Druck: Eigendruck

V.i.S.d.P.: Hermann Behrens, Pfalzburger Str. 51, 1000 Berlin 31.
 Beiträge: (hb) Hermann Behrens, (sh) Siegfried Hamsch, (ce) Christine Erler, (hebb) Dr. Hermann Bömer (Tagungsbericht AK arbeitsorientierte Reg.wiss.). Redaktionsschluß für den nächsten Brief: 15.11.1990